

# Lukrativer Nebenjob

## Sachsen-Anhalt: Saalekreis suspendiert Jobcenterchef wegen Begünstigung eigener Firmen. Staatsanwaltschaft ermittelt

*Von Susan Bonath, Haldensleben*

Arbeitslose aus dem Raum Merseburg kamen nicht an ihm vorbei: Roland Schimek leitete bislang den dortigen Eigenbetrieb für Arbeit (EfA) des Jobcenters Saalekreis. Vergangenen Freitag wurde Schimek durch den Landkreis, dem der EfA zu 100 Prozent gehört, vorerst vom Dienst freigestellt. Am Montag reichte er, einer Erklärung des Landratsamts zufolge, selbst seine Kündigung ein. Denn seine Funktion hat er offensichtlich für Entscheidungen und Bewilligungen genutzt, von denen er selbst profitierte, berichtete der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR). Neben seiner Amtstätigkeit ist Schimek noch Inhaber beziehungsweise Mitinhaber weiterer Firmen. Zwei davon haben nachweislich an der Vermittlung eines Arbeitslosen durch Schimeks Behörde kräftig mitverdient. Zwei weitere stehen mittlerweile im Verdacht der Vorteilsnahme. Kreis und Staatsanwaltschaft ermitteln, immer neue Details treten zutage.

Aufgeflogen ist die Sache, nachdem dem MDR vergangene Woche Unterlagen zugespielt worden seien. Demnach hatte die Merseburger Behörde einen ihrer Kunden in eine Tapetenfabrik vermittelt, wobei 10000 Euro Eingliederungszuschuß für die Firma abfielen, bewilligt von Behördenchef Schimek. Die Tapetenfabrik gehört zu 100 Prozent der »ATF Vermögensverwaltungsgesellschaft«, deren alleiniger Eigentümer ebenfalls Schimek ist. Doch es wird noch brisanter. Laut MDR sei ein weiteres Unternehmen zwecks Arbeitsvermittlung zwischengeschaltet gewesen: die »AMR Beteiligungsgesellschaft« in Halle. Mit ihr schloß der EfA eine Vereinbarung, die 2000 Euro Provision pro Vermittlung vorsieht, heißt es. Auch die AMR, deren Hauptgeschäftsfeld eigenen Angaben zufolge die befristete Überlassung von Arbeitskräften ist, gehört mehrheitlich dem Chef des Jobcenters. Jene Behörde also, die Schimek leitet, stellte einer Firma, die ihm gehört, für die Vermittlung eines Arbeitslosen aus Schimeks »Kundenstamm« eine Provision in Aussicht. Und diese Firma vermittelte wiederum an eine Firma, die Schimek gehört und die kassierte den Eingliederungszuschuß.

Für Professor Reimund Schmidt-De Caluwe von der juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist der Fall ein Skandal. Der Amtsleiter dürfe nicht einmal beratend an Entscheidungen der Behörde teilnehmen, wenn er dadurch wirtschaftliche Vorteile zu erwarten hätte, sagte er dem MDR. Die politische Kontrolle habe hier völlig versagt.

Linke-Kreistagsabgeordnete Angelika Hunger sagte dem Sender am Donnerstag, daß Schimek bei seiner Bestellung zum Leiter zwar »einige wenige Firmen genannt hat, die er selbst betreibt«, offenbar sei aber deren Entwicklung parallel zum Eigenbetrieb niemandem aufgefallen.

Auf jW-Nachfrage vergangenen Donnerstag beim Saalekreis-Jobcenter hielt sich Pressebeauftragter Horst Jahns zurück. »Herr Schimek gibt zu den gegen ihn erhobenen

Vorwürfen keine weitere Stellungnahme ab«, teilte er mit und verwies an das Landratsamt des Kreises. Dort versicherte Pressesprecherin Kerstin Kupperbusch, daß der Landrat eine sofortige Prüfung eingeleitet habe. Zudem ermittle die Staatsanwaltschaft. Das gelte es abzuwarten.

Gegenüber dem MDR räumte der Beschuldigte allerdings ein, daß seine Firma im Zeitraum von 2005 bis 2011 Vermittlungsgebühren in Höhe von 27500 Euro erhalten habe. Dies sei jedoch auf gesetzlicher Grundlage des Eigenbetriebes erfolgt. Die Vorwürfe, sich persönlich finanziell bereichert zu haben, bezeichnete Schimek als »völlig aus der Luft gegriffen und falsch«.

Wie Landrat Frank Bannert (CDU) am Freitag bekanntgab, sind die Vorwürfe offenbar nur die Spitze des Eisberges. Schimek habe nach erster, oberflächlicher Prüfung mehr Geschäfte gemacht, als anfangs vermutet. Derzeit stünden vier Firmen unter Schimeks Führung im Verdacht, mehrere tausend Euro Zuschüsse vom Jobcenter kassiert zu haben. Insgesamt sei der Behördenchef an mindestens 15 Firmen direkt oder indirekt beteiligt, heißt es.

Nun wird auch Kritik an Bannert und der Verwaltung des Saalekreises laut. SPD-Abgeordneter Andreas Steppuhn forderte am Sonntag eine Prüfung einer möglichen Mitverantwortung des Landrats. Laut Mitteldeutscher Zeitung (MZ) vom Montag hat es bereits vor zwei Jahren eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Schimek gegeben. Der Landrat habe seinerzeit jedoch alle Ermittlungen abgewehrt.